

Berlin braucht eine zukunftsfähige und nachhaltige Arbeitsmarktpolitik



Foto Barbara Dielt

Berlin hat den Aufschwung nicht genutzt und steht nach fast zehn Jahren rot-roter Koalition schlecht da; sowohl SPD als auch die Linke haben es versäumt, den Grundstein für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung zu legen. Anstatt zielgerichtet Erwerbslose so zu qualifizieren, dass diese auch von dem milliardenschweren Konjunkturprogramm profitieren können, wurden erfolgreiche Programme wie z.B. „Zusatzjobs und Bildung“ gekürzt, das Nachholen von Schulabschlüssen gekippt, aber auch der Etat, der für Ausbildung zur Verfügung steht, wurde im Haushalt 2010/2011

drastisch verringert – dies, obwohl die Jugenderwerbslosigkeit erschreckend hoch ist. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die konsequent auf Bildung und Qualifizierung setzt, suchen wir bei Rot-Rot vergebens.

Zwar haben die sozialversicherungspflichtigen Stellen in Berlin in den vergangenen Jahren zugenommen, doch das ist nur die halbe Wahrheit. Ein großer Teil des Jobwunders von Wowereit und Wolf entpuppt sich als prekäre Beschäftigung. Es entstanden vornehmlich Minijobs, Teilzeitbeschäftigung, befristete Projektarbeitsplätze, Leiharbeit etc. So ist es nicht verwunderlich, dass es in Berlin bundesweit die meisten sog. „Aufstocker_innen“ gibt, also Menschen, die arm trotz Arbeit und auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen sind.

Bis heute wollen weder die SPD noch die Linkspartei zur Kenntnis nehmen, dass sich Berlin unter ihrer Regierung zum einkommensschwächsten Bundesland entwickelt hat und der Aufschwung an vielen Berlinern und Berlinerinnen vorbei zieht. Die Spaltung des Berliner Arbeitsmarktes verschärft sich und viele Menschen bleiben langfristig vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen.

Bei der kürzlich durchgeführten Neuordnung der Jobcenter hat der Senat es verpasst, Probleme zu beseitigen. Konkrete Verbesserungen haben nicht stattgefunden, ständige Personalprobleme und eine Klageflut vor den Sozialgerichten machen die Arbeit noch schwieriger. Wir brauchen Jobcenter, die kompetent und fair betreuen und beraten, wo Erwerbslose passgenaue Bildungs- und Qualifizierungsangebote bekommen. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass in Berlin eine große Anzahl Erwerbsloser mit sinkender oder geringer Qualifikation keine Perspektive mehr auf dem Arbeitsmarkt haben soll.

Öffentlich geförderte Beschäftigung (um)gestalten

Das Vorzeigeprojekt des rot-roten Senats – der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS) – ist gescheitert. Anstatt Modelle zu entwickeln, wie man dauerhaft einen ÖBS – mit weniger Förderfällen, aber dafür nachhaltig – absichern kann, flüchtete sich der Senat in eine bundesfinanzierte Förderung nach der anderen. Für die Betroffenen brachte dieser ständige Wechsel mehr Unsicherheit

als dauerhafte Beschäftigung und Integrationserfolge blieben meist aus.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Bundesregierung immer mehr aus der Verantwortung für langzeiterwerbslose Menschen zurückzieht. Wir wollen nicht, dass diese Frauen und Männer, die auch bei sich verbessernder Wirtschaftslage kaum Chancen auf einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, abgehängt werden. Für Menschen, die nicht gleich in Arbeit vermittelt werden können, wollen wir deshalb zusammen mit den Jobcentern ein Landesbeschäftigungsprogramm ins Leben rufen, das befristete qualifizierende Beschäftigungen anbietet. Wir wollen Beschäftigung schaffen, die wirtschaftliche und soziale Prinzipien miteinander verbindet.

Dass dieses Prinzip funktioniert, zeigt uns das Modell der Sozialfirmen in der Schweiz. Langzeiterwerbslose Menschen können in der Schweiz unbefristete Jobs in sogenannten „Sozialfirmen“ bekommen und dort arbeiten, bis sie eine Stelle auf dem 1. Arbeitsmarkt gefunden haben oder bis sie in Rente gehen.

Für Berlin wollen Bündnis 90/ Die Grünen einen auf Dauer ange-

legten gemeinwohlorientierten, gemeinnützigen Sektor schaffen, der Wirtschaftlichkeit und soziales Engagement miteinander verbindet. Ein immenser Handlungsbedarf besteht z.B. bei der Pflege öffentlicher infrastruktureller Einrichtungen, für die keine kurzfristigen Sanierungen oder Instandsetzungen aus öffentlichen Mitteln vorgesehen sind. Zusammen mit den Bezirken kann hier ein nachhaltiges Beschäftigungsfeld aufgebaut werden.

Die Berlinerinnen und Berliner haben eine bessere Arbeitsmarktpolitik verdient! Die Menschen fortzubilden und besser zu qualifizieren muss das zentrale Ziel der Berliner Arbeitsmarktpolitik werden!

Sabine Bangert

Sabine Bangert ist Fraktionsreferentin im Abgeordnetenhaus für Arbeit, berufliche Bildung und Soziales. Sie kandidiert für das Abgeordnetenhaus auf Platz Neun der Landesliste.